

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu der von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Verordnung zur Änderung gewerberechtlicher und anderer Vorschriften — Drucksache 7/4514 —

A. Bericht des Abgeordneten Zeyer

Der Verordnungsentwurf — Drucksache 7/4514 — wurde vom Präsidenten des Deutschen Bundestages mit Schreiben vom 14. Januar 1976 an den Ausschuß für Wirtschaft federführend und an den Finanzausschuß mitberatend zur Beratung überwiesen.

Der Finanzausschuß hat die Vorlage am 11. Februar 1976 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Die Bundesregierung ist mit der Vorlage der Verordnung zur Änderung gewerberechtlicher und anderer Vorschriften ihren Verpflichtungen gemäß § 2 Abs. 2 des Zweiten Gesetzes zur Durchführung von Richtlinien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nachgekommen. Derartige Verordnungen sind dem Bundestag vor Verkündung zur Kenntnisnahme zuzuleiten. In der vorliegenden Verordnung werden

aufgrund einer Entscheidung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft die im Gewerberecht noch bestehenden Ausländerbeschränkungen in bezug auf Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beseitigt.

Der Ausschuß hat sich davon überzeugt, daß diese Beseitigung von Diskriminierungen verpflichtend für alle Mitgliedstaaten gilt und daß die Kommission darüber wacht, daß dieser Abbau in allen Mitgliedstaaten auch tatsächlich erfolgt, so daß Wettbewerbsbenachteiligungen durch bestehende Diskriminierungen nicht zu befürchten sind.

Namens des Ausschusses empfehle ich dem Bundestag, von der vorliegenden Verordnung Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 2. März 1976

Zeyer

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
von der Verordnung — Drucksache 7/4514 — Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 2. März 1976

Der Ausschuß für Wirtschaft

Dr. Narjes	Zeyer
Vorsitzender	Berichterstatter